

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe Mai 2022: Bundesthemen

Der 12-Euro-Mindestlohn kommt

Der 12-Euro-Mindestlohn kommt! Durch die einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmer:innen ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders profitieren davon Frauen und Ostdeutsche.

Die Anhebung per Gesetz ist einmalig. Danach wird die von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.

Zudem wird die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro erhöht und dynamisiert. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden ist damit weiterhin möglich.

Darüber hinaus wird es eine spürbare Verbesserung bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. Künftig werden die Sozialbeiträge für Beschäftigte im unteren Übergangsbereich langsamer ansteigen, während Arbeitgeber:innen einen höheren Anteil als bisher leisten müssen.

Zudem wird die Obergrenze von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben. Dadurch wird der Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver. Dies führt zu einem höheren Verdienst und zu höheren Beitragszahlungen, durch die das Risiko der Altersarmut reduziert wird.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Januar 2015 eingeführt und hat sich bewährt. Er hat nachweislich keine negativen Folgen für den Arbeitsmarkt oder das Preisniveau gehabt. Im Gegenteil: Ein höherer Mindestlohn ist ökonomisch sinnvoll, denn er stärkt die Kaufkraft und stabilisiert die wirtschaftliche Erholung.

In dieser Woche wurde der Gesetzentwurf erstmals beraten, beschlossen werden soll die Regelung Ende Mai.

Quelle: <https://www.spdfraktion.de/themen/12-euro-mindestlohn-kommt>

Jeder junge Mensch muss künftig ein Ausbildungsplatzangebot bekommen

Der heute vorgelegte Berufsbildungsbericht zeigt wieder eine leichte Erholung auf dem Ausbildungsmarkt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2021 wieder etwas mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen, allerdings noch deutlich weniger als 2019 vor der Corona-Pandemie (-9,9 Prozent). Während die Zahl der Ausbildungsplätze leicht gestiegen ist, bilden heute nur noch weniger als 20 Prozent der Betriebe selber aus.

„Der Berufsbildungsbericht 2022 zeigt deutlich, wo die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt liegen: Während Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, können nicht alle Bewerbende eines Jahrgangs einen Ausbildungsvertrag abschließen. In der Ampel-Koalition wollen wir die Weichen stellen, um allen jungen Menschen, die das wünschen, ein passendes Ausbildungsangebot machen zu können.

Dafür wollen wir die Berufsorientierung am Übergang von Schule zur Ausbildung stärken und Jugendberufsagenturen deutschlandweit ausbauen. Außerdem müssen wir die notwendige Unterstützung für den Wohnortwechsel ausbauen, um finanzielle Hürden für die Aufnahme einer Ausbildung zu beseitigen. Mit der Anhebung der Bedarfssätze und Freibeiträge der Hilfen für Auszubildende durch die BAföG-Reform gehen wir schon in dieser Woche einen ersten, wichtigen Schritt.

Gleichzeitig müssen wieder mehr Betriebe ihrer Verantwortung für die Ausbildung von Nachwuchs und Fachkräften gerecht werden. Die bereits in einigen Branchen eingeführten Ausgleichsfonds zur fairen Verteilung der Belastung zwischen ausbildenden Betrieben und solchen, die nicht ausbilden, begrüßen wir ausdrücklich.“

Quelle: <https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/junge-mensch-muss-kuenftig-ausbildungsplatzangebot-bekommen>

Ukraine: Fast ein Drittel aller Jobs vernichtet

In der Ukraine ist seit Beginn des russischen Angriffskriegs nach Berechnungen der UNO fast ein Drittel aller Arbeitsplätze vernichtet worden. 4,8 Millionen Jobs seien verloren, erklärte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Gründe seien die "wirtschaftlichen Umbrüche" im Land, Vertreibungen und "Flüchtlingsströme". Im Fall einer militärischen Eskalation werde sich die Entwicklung noch verstärken: Bis zu sieben Millionen Arbeitsplätze würden dann vernichtet, das wären 43,5 Prozent. Die ILO schätzt, dass rund 2,75 Millionen Flüchtlinge im Erwerbsalter sind und in den Ländern Arbeit suchen könnten, in die sie geflohen sind. Zwei Drittel von ihnen sind demnach hochqualifiziert. Vor der Herausforderung, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt einzugliedern, stehe vor allem Polen, erklärte die ILO weiter. Mehr als 3,2 Millionen Menschen aus der Ukraine seien in das Nachbarland geflüchtet.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-119.html#Drittel>

Pro-russische Behörden in Cherson wollen Annexion

Die pro-russischen Behörden im besetzten Cherson wollen einem Medienbericht zufolge um die Eingliederung der südukrainischen Region in Russland bitten. Das meldete die russische Nachrichtenagentur Tass unter Berufung auf einen Beamten der Verwaltung von Cherson.

Russland hatte im April erklärt, es habe die Region Cherson vollständig unter Kontrolle. Sie ist strategisch wichtig, weil sie eine Landverbindung zwischen der bereits 2014 annektierten Halbinsel Krim und den von Russland unterstützten Separatistengebieten im Donbass in der Ostukraine darstellt.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-119.html#Drittel>

Ungarn fordert Ausnahme von EU-Öl-Embargo

Ungarn fordert für sich eine umfassende Ausnahme von den geplanten EU-Sanktionen gegen russische Erdöl-Importe. "Die ungarische Regierung wird das Öl-Embargo unterstützen, wenn es uns nicht betrifft", erklärte Außenminister Peter Szijjarto in einem Video, das er auf Facebook veröffentlichte. Der Sanktionsvorschlag wäre für Ungarn etwa dann annehmbar, wenn sämtliche Öllieferungen, die über Pipelines aus Russland kommen, davon ausgenommen sind, fügte er hinzu. In Verhandlungen, die nun seit einer Woche andauern, erzielten die EU-Länder noch keine Einigung über ein Öl-Embargo gegen Russland. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, wegen des Ukraine-Kriegs den Import von russischem Rohöl in sechs Monaten zu beenden. Als Kompromiss schlägt die Kommission vor, Ungarn und der Slowakei bis Ende 2024 sowie Tschechien bis Mitte 2024 Zeit einzuräumen, um den Importstopp für Öl vollständig umzusetzen.

Weitere Themen als Links:

Maskenpflicht bei Flugreisen entfällt

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/masken-flugzeuge-eu-101.html>

Resilienz im digitalen Raum schützt Freiheit und Sicherheit

<https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/resilienz-digitalen-raum-schuetzt-freiheit-sicherheit>

Danke sagen alleine reicht nicht

<https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/danke-sagen-alleine-reicht-nicht>

FAQ: So sicher ist die Gasversorgung

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gas-transit-stopp-ukraine-faq-101.html>